

Plenarrede 7. Dezember 2022

TOP 2 Grundsatzdebatte

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023)

in Verbindung damit

Finanzplanung 2022 bis 2026 des Landes Nordrhein-Westfalen

Einzelplan 02 - Ministerpräsident

a) Staatskanzlei

Herr Präsident,
meine Damen und Herren,

Ministerpräsident Wüst hat in seiner Regierungserklärung am 31.08.2022 ausgeführt: (Ich zitiere mit der Erlaubnis des Präsidenten)

„Die letzten Jahre haben uns gezeigt, wie mächtig Verschwörungsmymen und Desinformationen sein können. Wir erleben, dass Antisemitismus immer offener gezeigt wird, dass Freiheit und Demokratie nicht selbstverständlich sind und dass wir für ihren Erhalt eintreten und zur Not auch kämpfen müssen.“ (Zitat Ende)

Hinter diesen richtigen und wichtigen Worten sollten sich alle Demokraten versammeln. Den Worten müssen dann aber auch Taten folgen.

Herr Minister Liminski,

in ihrer kleinen Regierungserklärung im Hauptausschuss Ende Oktober dieses Jahres haben Sie erklärt, Sie wollten die Arbeit der Antisemitismusbeauftragten sowie die Landeszentrale für politische Bildung stärken. Gemessen an dieser Ankündigung haben Sie mit dem Haushalt 2023 allerdings nur eine Fehlanzeige abgegeben. Der Zuschuss für die Antisemitismusbeauftragte sinkt um 100 T€ und abzüglich der 1 Mio. € für die Beteiligung des Landes an einer beabsichtigten Stiftungsgründung im Kontext der Gedenkstätte Stalag 326 sinkt auch der Zuschuss für die Landeszentrale für politische Bildung um 160T€.

Was Sie unter einer Stärkung der Arbeit der Antisemitismusbeauftragten verstehen, haben Sie uns dann auf Nachfrage in Vorlage 18/479 erläutert (Zitat):

„Zu einer ganzheitlichen Stärkung gehört neben der Frage der finanziellen und personellen Ausstattung der Antisemitismusbeauftragten auch ein beständiger Austausch zwischen den verschiedenen Ressorts und der Antisemitismusbeauftragten sowie die politische Unterstützung für ihre Arbeit und ihre Anregungen und Vorschläge.“

Herr Minister Liminski,

der Autor James W. Frick hat es mit folgenden Worten auf den Punkt gebracht: (Zitat)

„Sag mir nicht, wo deine Prioritäten liegen. Zeig mir, wofür du dein Geld ausgibst und ich werde dir sagen, welche das sind.“

Ein Blick in den Haushalt des Ministerpräsidenten genügt um falsche Prioritäten zu erkennen. Anders als in allen anderen Einzelplänen gönnt sich ausschließlich der Haushalt des Ministerpräsidenten mit der alleinigen Begründung inflationsbedingter Mehrausgaben einen Aufwuchs von mindestens 643.100 € für Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie die Gebäudebewirtschaftung der Staatskanzlei und der Landesvertretungen. Und zwar zusätzlich zu dem auch in anderen Einzelplänen und in Einzelplan 20 zu findenden Verstärkungstitel zur Abdeckung von Mehrausgaben für Energie. Ein solches Sonderpolster für die Staatskanzlei halten wir nicht für zielführend. Insbesondere deshalb, weil die Transfermittel, beispielsweise die Zuschüsse für die Unterhaltung der jüdischen Friedhöfe, nicht entsprechend steigen, obwohl natürlich auch die Zuschussempfänger von der Inflation betroffen sind. Wir beantragen deshalb dieses Sonderpolster der Staatskanzlei zu streichen und statt dessen die Mittel der Antisemitismusbeauftragten um 500 T€ zu erhöhen, eine entsprechende Erhöhung sehen wir auch im Einzelplan 06 für die Landeszentrale für politische Bildung vor. Die Angriffe auf das jüdische Leben in Essen haben uns in der letzten Plenarwoche erschüttert. Zudem haben gerade erst am Wochenende unbekannte Täter in Duisburg zwei Hakenkreuze an ein KZ-Mahnmal geschmiert. Eine Mittelerhöhung ist mehr als dringend nötig, um die Arbeit der Antisemitismusbeauftragten zu stärken.

Für das Ehrenamt, das zivilgesellschaftliche und das bürgerschaftliche Engagement stehen dagegen 2023 nur deshalb ausreichend Mittel zur Verfügung, weil die Regierung aus CDU und FDP im vergangenen Jahr ausreichend Vorsorge getroffen hat. So können für diese Zwecke trotz der Kürzung um insgesamt 20 Mio. € auf 1,8 Mio. € im nächsten Jahr noch 20,6 Mio. € aus Selbstbewirtschaftungsmitteln verausgabt werden.

Meine Damen und Herren,

der Haushalt des Ministerpräsidenten kann nicht überzeugen. Er setzt die falschen Prioritäten statt die drängenden Probleme anzugehen. Auch soweit die Vorgängerregierung aus CDU und FDP nicht wie in den Bereichen Ehrenamt, zivilgesellschaftliches und bürgerschaftliches Engagement bereits Vorsorge getroffen hat, werden wichtige Ansätze lediglich überrollt oder sogar gekürzt. Statt dessen werden Mittel für die Staatskanzlei aufgestockt um möglichst komfortabel auch durch die Zeiten von Inflation und multiplen Krisen zu kommen. Die FDP-Fraktion lehnt den Einzelplan 02 daher ab.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!